

I Die Zeitschrift *Der Monat* im Kontext des Kalten Krieges

1. Die politische und ideologische Genese des Kalten Krieges.
Der frühe intellektuelle und politische Antikommunismus
in den Vereinigten Staaten
- 1.1 Der Zweite Weltkrieg und das schwierige Verhältnis zwischen
den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion

Nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 keimte bei vielen Menschen die Hoffnung auf, dass nun ein friedliches Zeitalter anbrechen würde. Die katastrophalen Auswirkungen, die der vom nationalsozialistischen Deutschland begonnene und fast sechs Jahre andauernde Krieg zeitigte, verankerten sich tief in das Gedächtnis der Individuen. Waren nach dem Ersten Weltkrieg zehn Millionen Tote zu beklagen, so kostete der Zweite Weltkrieg schätzungsweise 50 Millionen Tote. Etwa die Hälfte davon waren Zivilisten. In Europa gab es kaum ein Land, das nicht konkret in die Kampfhandlungen verwickelt wurde, allerdings hatten insbesondere die Menschen in den Ländern Osteuropas unter dem Krieg und der deutschen Besatzungsherrschaft zu leiden, wobei allein die Sowjetunion nach heutigen Berechnungen etwa 27 Millionen Tote zählte. Auch Deutschland musste für seinen fehlgeschlagenen »Griff nach der Weltmacht« teuer bezahlen. Am Ende des Krieges waren nicht nur über sieben Millionen Deutsche tot – 2,8 Millionen Zivilisten – und knapp zwölf Millionen Menschen aus ihrer angestammten östlichen Heimat geflohen und vertrieben,¹ zudem war das ganze Land verwüstet und das Staatswesen zerstört.

Das Kriegsende 1945 kann als epochale historische Zäsur betrachtet werden, weil es das Ende der europäischen Hegemonialstellung auf der Welt zur Folge hatte, sodass mehr und mehr antikoloniale Befreiungsbewegungen die politische Arena betreten konnten und weil es den Aufstieg der beiden Supermächte USA und Sowjetunion besiegelte. Die Hoffnung vieler Zeitgenossen in Europa auf eine Zukunft in Freiheit und den Beginn einer Ära des Weltfriedens, der »One world«, wurde in die Politik der USA

1 Ulrich Herbert/Axel Schildt, Kriegsende in Europa, in: Dies. (Hg.), Kriegsende in Europa: Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948, Essen 1998, S. 7–34, hier S. 25.

gesetzt. War das Primärziel der bedingungslose Sieg über den Nationalsozialismus, zählten die Auflösung des europäischen Kolonialsystems und die Schaffung einer permanenten Friedensordnung zu den zwar nachgeordneten, gleichwohl wichtigen Kriegszielen der Vereinigten Staaten. Insbesondere Präsident Franklin Delano Roosevelt hatte sich beim Eintritt in den Krieg, nachdem das infolge des Ersten Weltkrieges neu gegründete Unternehmen Völkerbund als ein geplantes System kollektiver Sicherheit gescheitert war, die Gründung einer neuen effektiveren Weltfriedensorganisation, den späteren Vereinten Nationen, auf seine Fahnen geschrieben. Überlegungen über die Nachkriegsordnung setzten bei Roosevelt frühzeitig ein. Bereits im Januar 1941 teilte er in einer Grundsatzrede der amerikanischen Nation mit, dass zwischen den Ordnungsvorstellungen der Tyrannen vom Schlage eines Hitlers und den der Freiheit verpflichteten zusammenarbeitenden Länder ein grundsätzlicher Widerspruch bestand. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus ging es für ihn um die Verteidigung der »Vier Freiheiten«, nämlich um die Redefreiheit, die Glaubensfreiheit, die Freiheit von wirtschaftlicher Not sowie die Freiheit von Furcht. Die im August 1941 gemeinsam mit dem britischen Premierminister Winston Churchill veröffentlichte sogenannte Atlantik-Charta stellte einen Meilenstein amerikanischer Politik im 20. Jahrhundert dar. Für Roosevelt stand unumstößlich fest, dass es in allererster Linie die angelsächsischen Nationen seien,

die als Führungsmächte der Welt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Freiheit des Handels, die gerechtere Verteilung der Rohstoffe, die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Nationen, die Freiheit der Menschen innerhalb gesicherter Grenzen und die Freiheit der Meere in einer neuen Staatenorganisation sichern und gegen nationalsozialistische Tyrannei und Expansionismus verteidigen sollten.²

Der Präsident der Vereinigten Staaten verfolgte, bevor Hitler am 11. Dezember 1941 den USA offiziell den Krieg erklärte, eine Vision, die auf eine neue Weltgemeinschaft hinauslief, die auf Grundlage amerikanischer demokratischer und sozialer Ideale, mithin auf gemeinsamen Prinzipien den künftigen Frieden garantieren sollte.

Es sollte sich als entscheidender Vorteil erweisen, dass Franklin D. Roosevelt, der im Januar 1933 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden war, im Gegensatz zu den europäischen Staatsoberhäuptern die Gefahren, die von den europäischen Diktatoren und vor allem von der hitlerschen Politik ausgingen, frühzeitig erkannte. So war es ihm möglich, zu der Einsicht zu gelangen, dass die auf Expansion angelegte Außenpolitik des Nationalsozialismus nicht mit politischen Kompromissen zu bändigen war. Der überwältigende Wahlsieg von 1936 und die Wiederwahl 1940 verschafften dem charismatischen, in innenpolitischen Fragen als geschickter Taktiker auftretenden Roosevelt die Möglichkeit, die Vereinigten Staaten in langsamen Schritten von den Fesseln des selbstverordneten Isolationismus zu befreien. Noch bis weit in das Jahr 1940 war in der amerikanischen Bevölkerung und im Kongress die Angst vor einer neuerlichen Teilnahme an einem transatlantischen Krieg weitverbreitet. Letzten Endes konnte aber der amerikanische Präsident die amerikanische Gesellschaft noch

2 Wilfried von Bredow, Die Vereinten Nationen, in: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), 200 Tage und 1 Jahrhundert: Gewalt und Destruktivität im Spiegel des Jahres 1945, Hamburg 1995, S. 167–183, hier S. 172.

vor dem japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 davon überzeugen, dass ein militärisches Engagement gegen das »Hitler-Regime« genuine amerikanische Interessen betraf und dass die nationalsozialistische Eroberungsmaschinerie am Ende auch die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährden könnte. Der Sieg über den Nationalsozialismus wurde zum alles entscheidenden Kriegsziel Roosevelts. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde für ihn als auch für Churchill durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 ein politisch-militärisches Zweckbündnis mit Stalin möglich bzw. nachgerade notwendig. Denn es galt die kurze und eindeutige Formel: »Jeder, der gegen den Faschismus kämpft, ist unser Verbündeter und Freund.«³

Was die Bündniskoalition, d. h. die Anti-Hitler-Koalition, bestehend aus den Vereinigten Staaten, England und der Sowjetunion, ausschließlich zusammenhielt, war die im Laufe des Jahres 1941 entstandene konkrete Bedrohungssituation. Der gemeinsame Kampf gegen den Nationalsozialismus war *die* Klammer dieser unnatürlichen Interessengemeinschaft des Augenblicks. Denn mit den beiden demokratischen Westmächten und der stalinistischen Sowjetunion standen sich von Anbeginn kontradiktorische Gesellschaftsmodelle gegenüber, die sich in ihren politischen Zielsetzungen und ihren ideologischen Grunddispositionen gänzlich unterschieden. Der politisch-ideologische Grundwiderspruch zwischen liberaler Demokratie und kommunistischer Sowjetdiktatur bestand seit der Russischen Revolution, die einen »Weltbürgerkrieg der Werte« auslöste.⁴ Mit anderen Worten: »Mit dem Siege der bolschewistischen Partei im November 1917 wurde zugleich der Ost-West-Konflikt geboren«.⁵ Der jüdische Historiker und Nationalismusforscher Hans Kohn konstatierte diesen Sachverhalt bereits 1932 in seiner Untersuchung *Der Nationalismus in der Sowjetunion* folgendermaßen: »Es geht um Tieferes als um den Kampf zweier Wirtschaftssysteme: Abendland und Kommunismus stehen einander als verschiedene Auffassungen vom Sinn des Lebens und vom Wert des Menschen gegenüber.« Eingedenk dieser Tatsache, so Kohn weiter, ließen sich »auch die Gegensätze zwischen Abendland und Kommunismus als Etappen des Wegs zur künftigen universalen Daseinsordnung erscheinen«.⁶

Die in der amerikanischen Öffentlichkeit und in der US-Administration weithin anzutreffende ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetunion bekam durch den am 23. August 1939 in Moskau ausgehandelten militärischen Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin neue Nahrung. Fortan war Stalin mit dem Stigma behaftet, ein Komplize des Nationalsozialismus zu sein, der Hitler erst die Möglichkeit verschaffte, den Krieg gegen die westlichen Staaten zu führen, nachdem aufgrund des Geheimen Zusatzprotokolls Osteuropa in zwei Interessensphären aufgeteilt wurde – jeweils eine deutsche und eine sowjetische – und Hitler somit bei seinem Einmarsch in Polen am 1. September 1939 freie Hand verschaffte. Nicht nur für einen Teil der politischen Linken bedeutete es einen existenziellen Schock, dass infolge der totalitären

3 Jost Dülffer, Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München 1999, S. 94.

4 Dan Diner, Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung, Frankfurt a. M. 2000, S. 261.

5 Ernest J. Salter, Deutschland und der Sowjetkommunismus. Die Bewährung der Freiheit, München 1961, S. 21.

6 Hans Kohn, Der Nationalismus in der Sowjetunion, Frankfurt a. M. 1932, S. 9.

Partnerschaft knapp 200 bis 300 deutsche Kommunisten aus den sowjetischen Gefängnissen entlassen wurden, um sie daraufhin mittels des Innenministeriums der UdSSR (NKWD) 1940 auf der Brücke von Brest-Litowsk den Nazis auszuliefern. Die politischen und ideologischen zeitgenössischen Gegner jedweden Totalitarismus im Allgemeinen und der kommunistischen totalitären Staatsform in der Sowjetunion im Besonderen konnten sich in ihrer Abwehrhaltung durch Aussagen wie beispielsweise von Wjatscheslaw M. Molotow in seiner Funktion als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten bestätigt fühlen, der auf einer Sitzung des Obersten Rates der UdSSR am 31. Oktober 1939 sagte:

Die englische Regierung hat angekündigt, daß ihr Ziel in diesem Krieg mit Deutschland nicht mehr und nicht weniger ist als die »Zerstörung des Hitlerismus«. Dies bedeutet, daß die Engländer und Franzosen so etwas wie einen »ideologischen Krieg«, der an die religiösen Kriege früherer Zeiten erinnert, an Deutschland erklärt haben [...]. Ein derartiger Krieg ist in keiner Weise gerechtfertigt. Man mag die Ideologie des Hitlerismus annehmen oder ablehnen wie jedes andere ideologische System, das ist eine Sache der politischen Anschauung. Aber jedermann sollte begreifen, daß eine Ideologie nicht durch Gewalt zerstört werden kann, daß sie nicht durch einen Krieg ausgemerzt werden kann. Es ist deshalb nicht nur sinnlos, sondern verbrecherisch, einen solchen Krieg unter der Tarnung eines Kampfes für die »Demokratie« um der »Zerstörung des Hitlerismus« willen zu führen [...].⁷

1.2 Frühe Renegatenberichte und ihre Erkenntnisse über das totalitäre Herrschaftssystem für die Vereinigten Staaten

Zweifelsohne hatte das politische Zusammengehen der »beiden großen ideokratischen Diktaturen« (François Furet) in den Vereinigten Staaten den Blick auf die Sowjetunion geschärft und den Terminus totalitär zum entscheidenden Durchbruch verholfen, um auch und vor allem den Herrschaftscharakter des stalinistischen Systems angemessen zu kategorisieren. Im Hinblick auf die sowjetische Außenpolitik *in toto* konnte, wie es der französische Soziologe Jules Monnerot in der bedeutenden Untersuchung *Soziologie des Kommunismus* konstatierte, von einer »totalitären Diplomatie« gesprochen werden.⁸ Die »totalitäre Diplomatie« war vor allem dadurch charakterisiert, dass sie sich nicht mehr an Abmachungen, an Verträge hielt – dies entsprach einem Wesenszug der Außenpolitik von demokratischen Staaten – und nicht bestrebt war, einen *modus vivendi* mit anderen Staaten zu suchen, sondern in allererster Linie eine Zweck-Mittel-Politik anvisierte und insofern im Kern eine unberechenbare Außenpolitik betrieb. Im Hinblick auf die stalinische Diplomatie der späten 1930er- Jahre folgte daraus,

7 Zit. n. Arthur Koestler, *Der Yogi und der Kommissar*. Auseinandersetzungen, Eßlingen a.N. 1950, S. 262 f. (engl. Ausg.: *The Yogi and the Commissar*, London 1945).

8 Jules Monnerot, *Soziologie des Kommunismus*, Köln/Berlin 1952, S. 358. Der Autor nahm, wiewohl er primär den Kommunismus grundsätzlich erforschen wollte, sehr häufig eine totalitarismustheoretische Perspektive ein, weil er auch den Nationalsozialismus fokussierte. Demzufolge sprach Monnerot auf S. 367 auch von einer »totalitären Diplomatie« in Bezug auf die Außenpolitik des Nationalsozialismus. Die französische Originalausgabe erschien unter dem Titel *Sociologie du Communisme* im Jahre 1949.